

Beschlussvorlage



III/6. Sitzung	Bundesvorstand	
Gewerkschaftsrat <input checked="" type="checkbox"/>	Beteiligte Ressorts	
04./05. Dezember 2008	Datum	4. Dezember 2008
	Unterschrift	Frank Bsirske

Top: 8 Tischvorlage

GR 692-2

Betreff:

Finanz- und Wirtschaftskrise
Hier: Resolution

Entscheidung

- beschlossen
- mit Änderung beschlossen
- zurückgestellt
- nicht beschlossen

Beschlussvorschlag:

Der Bundesvorstand empfiehlt dem Gewerkschaftsrat folgende Resolution zu beschließen.

„Aktiv werden für eine soziale Antikrisenpolitik!“

Mit großer Sorge verfolgt die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft die sich täglich verschlechternde Lage der Wirtschaft. Kamen die Hiobsbotschaften zuerst von den Finanzdienstleistungen so folgen tagtäglich weitere Branchen. Die weltweite Krise auf den Finanzmärkten verzahnt sich mit einer weltweiten Wirtschaftskrise und droht damit zur schwersten Krise seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 zu werden.

Diese Krise ist zunächst eine konjunkturelle Krise, wie sie seit dem 19. Jahrhundert die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung prägen. In Deutschland hatte nach dem Einbruch 2001 erst 2004 ein schwacher Aufschwung eingesetzt, der nun in 2008 bereits wieder zu Ende ist. Anders als alle vorangegangenen Aufschwünge ist er bis zuletzt bei der Mehrheit der Menschen nicht angekommen. Während die Gewinne und Vermögenseinkommen preisbereinigt um 35 Prozent gewachsen sind, liegen die Realeinkommen der Beschäftigten um drei Prozent unter dem Niveau des Jahres 2000. Folge war eine Stagnation des privaten Konsums trotz Aufschwung. Ursache ist auf Basis der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit die Lohndumpingpolitik der Hartz-Reformen und der Agenda 2010. Durch eine verfehlte Politik wurde so der Aufschwung geschwächt und vorzeitig abgewürgt.

Wir haben es auch mit einer weltweiten Krise der Finanzmärkte und Banken zu tun. Ihr Ausgangspunkt war das Platzen der Spekulationsblase auf dem US-Immobilienmarkt. Völlig unzureichend regulierte internationale Geschäfte mit auf Immobilienkrediten beruhenden Wertpapieren und ihre gegenseitige Abhängigkeit haben Banken in aller Welt in den Abgrund gerissen.

Der letzte Grund der Finanzkrise ist allerdings der gewaltige Überschuss an Anlage suchen dem Kapital, der zur Entwicklung gigantischer Spekulationsblasen führt, die irgendwann platzen müssen. Die Quellen dieses Kapitalüberschusses sind die fortschreitende Umverteilung von unten nach oben in den entwickelten kapitalistischen Ländern wie Deutschland, die riesigen Exportüberschüsse Chinas, Japans, Deutschlands und der ölexportierenden Länder sowie das Wachstum der Pensionsfonds in Folge fortschreitender Privatisierung von Altersvorsorgesystemen. Die Kehrseite

Beschlussvorlage



ist eine riesige Verschuldung der USA, die auf Pump einen Großteil der weltweiten Überschüsse konsumieren.

Doch nicht nur ökonomisch ist das bisherige weltweite Wachstumsmodell nicht nachhaltig. Die Energie- und Klimakrise spitzt sich zu. Die Nahrungsmittelpreise steigen und Hungersnöte nehmen wieder zu, Armut und Einkommensungleichheit wachsen.

Die Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung, der Umverteilung von unten nach oben und der Demontage des Sozialstaats, die die Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte bestimmt hat, ist weltweit gescheitert. Der ideologische und politische Bankrott des Neoliberalismus ist offenkundig.

Die Politik muss jetzt handeln

Die Politik in den entwickelten Ländern ist dem drohenden Zusammenbruch der Finanzsysteme mit massiven Rettungsaktionen entgegen getreten. Für Bürgschaften und Kapitalhilfen wurden weltweit etwa drei Billionen Euro zur Verfügung gestellt, allein in Deutschland knapp 500 Milliarden Euro. Wenngleich dies grundsätzlich wegen der unabsehbaren Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Gesamtwirtschaft unumgänglich gewesen sein mag, ist die Ausgestaltung der Maßnahmen nicht akzeptabel. Verluste und Risiken werden der Gesellschaft und damit letztlich der Mehrheit der Bevölkerung aufgeladen, anstatt die Verantwortlichen und Profiteure des vergangenen Spekulationsbooms heranzuziehen. Die geforderten Gegenleistungen und die Einflussnahme des Staates auf die künftige Geschäftspolitik der Banken sind völlig unzureichend.

Es bedarf einer entschiedenen Re-Regulierung für den Bereich der Banken und der Finanzmärkte. Es muss mehr Transparenz und mehr internationale Zusammenarbeit und Aufsicht geben. Die Kernprobleme und Ursachen der Spekulation müssen angegangen werden. Ob dazu die begonnene internationale Zusammenarbeit der G20, dies leisten wird, bleibt abzuwarten.

Nach der Japankrise und Mexikokrise wurden nur unzureichende Maßnahmen eingeleitet. Wir müssen deshalb den Druck auf die Politik und Regierenden weiterhin aufrecht erhalten und erhöhen. Es müssen jetzt nachhaltige Maßnahmen zur Regulierung der Banken und Finanzmärkte ergriffen werden.

Angesichts der absehbaren schweren Rezession ist es jetzt entscheidend, mit groß dimensionierten Konjunkturprogrammen die realwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren und so die Arbeitsplätze zu schützen. Sonst wird auch der „Schutzschirm“ für die Banken wenig bringen. Während andere große Länder wie die USA, Japan und China die Konjunktur mit jeweils Hunderten Milliarden Euro stützen, hat die deutsche Regierung lediglich ein Miniprogramm mit etwa 10 Milliarden Euro über zwei Jahre aufgelegt. Ein Großteil der Maßnahmen sind zudem Steuer- und Kreditvergünstigungen für Unternehmen und andere Subventionen, deren Wirkungen zweifelhaft sind. Zusätzliche öffentliche Investitionen und öffentliche Beschäftigung, mit denen sich Wirtschaft und Beschäftigung nachweislich am weitaus wirksamsten und sinnvollsten steigern lassen, spielen nur eine geringe Rolle.

Offensichtlich geht eine Mehrheit der politischen Kräfte davon aus, mit lediglich kosmetischen Korrekturen die bisherige neoliberale Politik fortsetzen zu können.

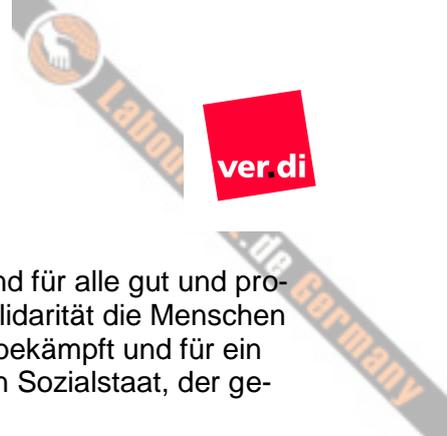
Gewerkschaftliche Ziele und Alternativen

ver.di tritt gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften, sozialen Kräften und Bewegungen in der Gesellschaft für einen grundlegenden Politikwechsel ein – in Deutschland und im Weltmaßstab. Der Neoliberalismus muss auch in der politischen Praxis und den Strukturen der Staaten, der Europäischen Union und der internationalen Institutionen überwunden werden.

Wir wollen durchsetzen, dass die Rechte der abhängig Beschäftigten erweitert und gute Arbeit für alle gesichert bzw. ermöglicht wird. Vermögen und Einkommen müssen von oben nach unten, zugunsten der arbeitenden Menschen und der Armen umverteilt werden.

Wir fordern eine Sozialstaatsoffensive, die auf der nationalen wie der europäischen Ebene dem Wohlfahrtsstaat wieder zu seinem Recht verhilft: Wir wollen einen aktiven Sozialstaat, der die öffentliche Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge in öffentlicher Verantwortung und auch in öffentli-

Beschlussvorlage



chem Eigentum im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wieder ausbaut und für alle gut und professionell organisiert. Wir wollen einen Sozialstaat, der auf der Basis der Solidarität die Menschen vor den großen sozialen Risiken schützt, wirksam Armut und Ausgrenzung bekämpft und für ein Bildungssystem sorgt, dass allen gleiche Chancen eröffnet. Wir wollen einen Sozialstaat, der gerecht finanziert wird.

Wir wollen ein europäisches Sozialmodell durchsetzen, das diese Bezeichnung verdient. Wir setzen uns ein für internationale Zusammenarbeit und Solidarität in einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die Hunger überwindet und die nachhaltige Entwicklung aller Länder fördert. Weltweite gemeinsame Anstrengungen sind notwendig, um die Energieversorgung, die Produktions- und Lebensweise ökologisch verträglich umzubauen. Wir brauchen einen weltweiten sozial-ökologischen „Green New Deal“. Die Vorherrschaft des Finanzkapitals über die Wirtschaft muss beendet werden. Auf allen Ebenen muss die demokratische Gestaltung der Verhältnisse durch die Menschen erweitert werden.

Aktuell geht es vor allem darum, eine entschieden soziale Politik gegen die Krise und einen Richtungswechsel hin zu einer Politik durchzusetzen, bei der die Interessen der arbeitenden Menschen und der Mehrheit der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen. ver.di stellt die Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die große Mehrheit der Bevölkerung ins Zentrum des gewerkschaftlichen Handelns aller Gliederungen der Organisation und startet eine Kampagne zur Sicherung der sozialen und ökonomischen Interessen der Menschen. Erster Höhepunkt dieser Kampagne sind die europaweiten Demonstrationen im Mai 2009, die der EGB in diesen Tagen beschlossen hat. Für uns stehen dabei folgende Elemente eines Alternativprogramms im Mittelpunkt:

- Ein öffentliches **Konjunktur- und Zukunftsinvestitionsprogramm** von 50 Milliarden Euro jährlich in den nächsten drei Jahren. Damit können weit über eine Million sinnvolle Arbeitsplätze in Kinderbetreuung, Bildung und Wissenschaften, Gesundheits- und Sozialwesen, Verkehr und ökologischem Umbau geschaffen werden. Es muss zunächst zur Konjunkturankurbelung über Kredit finanziert werden. Dabei wird sich das Programm durch seine Wachstums- und Beschäftigungswirkungen zu über 50 Prozent selbst finanzieren. In den folgenden Jahren ist es über sozial gerecht erhöhte Steuereinnahmen zu finanzieren.
- Die Bundesregierung muss Maßnahmen ergreifen, die zu einer schnellen Stärkung der Nachfrage auf dem Binnenmarkt führt. Mit der Ausgabe von **Gutscheinen (Barschecks) in Höhe von 500 Euro** mit sozial gestaffelten Bedingungen an die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, wäre dies schnell möglich. Ein Teil des Wertes kann an den Kauf energiesparender Geräte gebunden werden.
- Die Umsetzung der ver.di-Vorschläge zur **Reform der Lohn- und Einkommensteuer** würde ebenfalls zu einer Entlastung von Durchschnittsverdienenden um gut 1.000 Euro pro Jahr führen. Die Entlastung von Gering- und Durchschnittsverdienern wird in unserem Konzept zumindest teilweise durch eine stärkere Besteuerung von Steuerpflichtigen mit hohem Einkommen gegenfinanziert.
- Es ist eine dauerhaft **höhere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften, hoher Einkommen und Unternehmensgewinne** erforderlich. Die Reichen müssen zur Finanzierung der Lasten der Krise herangezogen werden. Das hoch konzentrierte private Vermögen muss gerechter verteilt werden. Damit wird auch der Zustrom von Geld auf die Finanzmärkte vermindert und durch die öffentliche Verwendung die binnenwirtschaftliche Nachfrage gestärkt.
- Die **Banken und das gesamte Finanzsystem müssen einer strengeren Aufsicht unterworfen und wesentlich stärker reguliert** werden. Die Politik muss Druck ausüben, dass aus den Ankündigungen des Weltfinanzgipfels Taten werden: jeder Akteur, jedes Produkt und jede Institution muss kontrolliert, hoch risikobehaftete Geschäfte verboten werden. Alle Risiken müssen bilanziert und hinreichend mit Eigenkapital unterlegt werden. Die Politik muss nun Druck ausüben, dass ausreichend Kredite für Unternehmen und Verbraucher vergeben werden. Die Banken müssen schnell auf die Aufgabe zurückgeführt werden, die ihnen zukommen: Die Ver-

Beschlussvorlage



sorgung mit Geld und Kapital für Unternehmen und Verbraucher. Öffentliche und gemeinwirtschaftliche Banken müssen gestärkt werden.

- Über eine wirksame Regulierung hinaus brauchen wir eine **neue Ordnung der Weltwirtschaft und des Weltfinanzsystems**, das auch durch feste Wechselkurse neue Spekulationen verhindert und für ein gleichgewichtiges nachhaltiges und umweltverträgliches Wachstum sorgt. Alle Finanzmarktumsätze müssen einer Steuer unterworfen werden und Geschäfte mit Steueroasen müssen unterbunden werden. Die Politik darf sich nicht länger dem Diktat der globalen Finanzmärkte beugen – sie muss das Heft wieder in die Hand nehmen.
- Kapitalhilfen an private Unternehmen müssen grundsätzlich als vollwertige öffentliche Beteiligungen mit Stimmrecht vergeben werden. Alle **öffentlichen Hilfen** sind an **beschäftigungspolitische und soziale Bedingungen** zu knüpfen.
- Der **öffentliche Sektor muss durch bessere Finanzausstattung der Kommunen** gestärkt werden. Weitere Privatisierungen darf es nicht geben. Daseinsvorsorge und Infrastruktur sind öffentliche Aufgaben und gehören in öffentliche Hand. Die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen sind auszuweiten, Rekommunalisierungen sind zu prüfen.
- Die **Krankenhäuser brauchen eine ausreichende Finanzierung**, die nicht durch die Entwicklung der Lohnsumme begrenzt ist. Der Budget-Deckel muss weg. In der **Krankenversicherung** muss zur vollen paritätischen Finanzierung zurückgekehrt werden.
- Das **Arbeitslosengeld II muss auf mindestens 420 Euro** erhöht und der Zumutbarkeitschutz wieder hergestellt werden.
- Ein **gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro** muss unverzüglich eingeführt werden, der schnell auf neun Euro angehoben wird.
- **Lohndumping** muss durch Einschränkung der Leiharbeit und gleiche Bezahlung sowie Einschränkung der Befristungsmöglichkeiten bekämpft werden. Die Tarifverträge sind durch erleichterte Allgemeinverbindlichkeit und Tariftreue Regelungen bei öffentlichen Aufträgen zu stärken.
- Wir fordern die Unternehmen der **Leiharbeitsbranche auf, Massenentlassungen zu stoppen**. Vor allem die großen Verleiher wie Adecco und Randstad stehen in der Pflicht, ihre Arbeitskräfte zu behalten. Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort das Synchronisationsverbot wieder einzuführen, das die Entlassung von Leiharbeitern nach Ende ihres Auftrages verbietet. Wir fordern vom Bundesarbeitsminister eine Anordnung an die Arbeitsagenturen, Massenentlassungen aus der Leiharbeit so lange wie möglich zu verhindern.
- Die **Rente** mit 67 und die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel sind zurückzunehmen, geringe Einkommen und Zeiten des Arbeitslosengeld II-Bezugs in der Rente besser abzusichern.
- Die europäische Arbeitszeitrichtlinie und das Arbeitszeitgesetz müssen grundlegend verbessert werden. Die durchschnittliche wöchentliche Höchstarbeitszeit muss auf 40 Stunden verkürzt und weitere **Arbeitszeitverkürzungen** öffentlich gefördert werden.

Gewerkschaftliches Handeln

Die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen und Alternativen zur herrschenden Politik erfordert politischen Druck durch soziale Mobilisierung. Die Auseinandersetzung mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Entwicklung und Vertretung eigenständiger Positionen, die Aufklärung und die Mobilisierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihre Interessen ist ständige gewerkschaftliche Aufgabe auf allen Ebenen und in allen Fachbereichen. Das Dogma des Neoliberalismus von den freien Märkten, die allen Wohlstand bringen, ist unglaubwürdig geworden. Jetzt ist die Zeit gekommen, um für eine andere, eine sozial gerechte, solidarische und ökologisch verantwortungsvolle Politik zu mobilisieren. Ver.di ruft alle Mitglieder auf, in den Betrieben und Verwal-

Beschlussvorlage



tungen, in der Arbeit wie in der Freizeit für diese Politik zu werben. Dabei suchen wir Bündnisse mit Sozialverbänden, Kirchen, sozialen Initiativen und Bewegungen.

Alle VertreterInnen der ver.di müssen auf Betriebs-, Personal- oder Mitgliederversammlungen die **Wirtschafts- und Finanzmarktkrise thematisieren** und die gewerkschaftlichen Perspektiven aufzeigen. Dazu werden wir einen Redebaustein anbieten. In der Bildungsarbeit wird das Thema in den Seminaren aufgegriffen und für die Teilnahme an den gewerkschaftlichen Aktivitäten geworben. Wir müssen zu unseren ureigenen Themen den Zusammenhang zur Finanzmarktkrise herstellen und die Ursachen benennen. Dabei spielt die Einkommens- und Vermögensverteilung eine entscheidende Rolle. Wir brauchen gerade jetzt höhere Einkommen für die Menschen.

In der **Tarifpolitik** gilt: Gerade jetzt müssen wir für Einkommenssteigerungen eintreten. In den vergangenen Jahren sind hohe Gewinne erzielt worden und die Steuereinnahmen gestiegen. Eine Steigerung der Löhne zu Lasten der Gewinne wird dazu führen, dass weniger Geld ins globale Finanzcasino fließt und mehr in den inländischen Konsum. Dies stützt Nachfrage und Konjunktur und leistet damit einen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Gerade in Deutschland kommt es darauf an, die Binnennachfrage zu steigern und die einseitige Abhängigkeit von immer höheren Exportüberschüssen abzubauen.

Aber auch die skandalösen Niedriglöhne müssen thematisiert und mit unserer Kampagne „**Stimmen für den Mindestlohn**“ muss für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns geworben werden.

Wir werden die bevorstehenden **Wahlkämpfe** zum europäischen Parlament und zum Bundestag nutzen, um – auch in den Parteien – Druck für unsere Forderungen zu machen. Wir werden die Parteien und die Kandidatinnen und Kandidaten mit unseren Positionen konfrontieren und ihre Unterstützung einfordern. Wir werden eigene Veranstaltungen und Aktionen im Wahlkampf z. B. für den gesetzlichen Mindestlohn durchführen, um die Wählerinnen und Wähler für unsere Forderungen und Argumente anzusprechen und zu gewinnen.

Die ver.di hat, gemeinsam mit attac Europa, den Friends of Earth Europe und anderen am 10. Januar 2009 nach Paris eingeladen, um über die Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zu diskutieren, um eine Verständigung über die weitere Vorgehensweise auf der europäischen Ebene zu erreichen.

Der EGB hat auf starken Druck des DGB, der Uni Europa und anderer deutschsprachiger Gewerkschaftsverbände erreicht, dass **ein europäischer Aktionsplan** beschlossen wurde. Dieser sieht vor, dass für **den 1. Mai** mit den Schwerpunkten Europa und Wirtschafts- und Finanzkrise mobilisiert werden soll und RednerInnen im europäischen Raum ausgetauscht werden. Darüber hinaus soll der EGB am 4. Dezember 2008 beschließen, dass in mehreren europäischen Städten **Demonstrationen im März/Mai 2009** stattfinden. Dazu werden wir Materialien entwickeln.

Der DGB Bundesvorstand hat einen **Kapitalismuskongress** beschlossen, auf dem über die zu ziehenden Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise diskutiert werden soll. Die ver.di wird sich für einen offenen Kongress einsetzen, der noch im Frühjahr 2009 stattfindet.

Die ver.di wird für den **attac Kongress** aufrufen, der vom 6. bis 8. März 2009 in Berlin stattfindet.

Wir werden den Versuchen, die Lasten der Krise auf die Beschäftigten und die Mehrheit der Bevölkerung abzuwälzen, mit aller Entschiedenheit entgegen treten. Der ver.di Bundesvorstand wird sich für Aktionen und Demonstrationen im ersten Halbjahr 2009 einsetzen, die möglichst gemeinsam mit den Gewerkschaften in Europa organisiert werden sollen.

Beschlussvorlage

Die **europäische und internationale Zusammenarbeit** und Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenmacht muss gestärkt werden. Verstärkt sind Formen international abgestimmter Aktionen für eine soziale Politik in Europa zu entwickeln.

Kosten

Kostenstelle:

Projektnummer:

- Keine Kosten
- Finanzierungsvolumen (Betrag):
- Haushaltsmittel vorhanden Ja Nein
- Finanzierungsvorschlag:

Gender - Prüfung

Geplante Umsetzung / Information: